

★ TOP



Insbesondere der Verkehrssektor profitiert von der Novelle des Klimaschutzgesetzes. Und dank des Klimaschutzprogramms muss dort kein Sofortprogramm vorgelegt werden. (Foto: Fotolia/Rasulov)

GESETZESNOVELLE

## Ministerium legt Klimaschutzpaket und Klimaschutzprogramm vor

**Berlin (energate) - Das Bundeswirtschaftsministerium hat die Novelle des Klimaschutzgesetzes und einen Entwurf des Klimaschutzprogramms vorgelegt. Mit dem Klimaschutzprogramm will die Bundesregierung 80 Prozent der Klimaschuttlücke schließen.** Bis 2030 sollen die Emissionen um mindestens 65 Prozent gegenüber 1990 sinken. Zu Beginn dieser Legislaturperiode gab es eine Klimaschuttlücke von über 1.100 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>. Mit den Maßnahmen des Klimaschutzprogramms will die Bundesregierung die Lücke um etwa 900 Mio. Tonnen verkleinern.

Zu den Maßnahmen des Programms gehören Weichenstellungen zur Beschleunigung der Energiewende, wie die bereits stattgefundene EEG-Novelle, Maßnahmen im Gebäudebereich, wie die nun beschlossene GEG-Novelle, und Maßnahmen zur Dekarbonisierung der Industrie. Hinzu kommen Maßnahmen im Verkehr, wie die Stärkung der Schiene, oder ein CO<sub>2</sub>-Aufschlag für LKWs, den das Bundeskabinett nun beschlossen hat.

### Jährliche Sektorziele nicht mehr entscheidend

Das novellierte Klimaschutzgesetz enthält unter anderem eine mehrjährige Prognose als neues Instrument. Damit soll das Gesetz vom Rückblick auf die Emissionen im letzten Jahr auf Ausblick umgestellt werden. Verzerrende Einmaleffekte wie der Einbruch der Wirtschaft in der Coronapandemie sollen so ausgeschlossen werden.

## INHALTSVERZEICHNIS

### ★ TOPMELDUNG

Ministerium legt Klimaschutzpaket und Klimaschutzprogramm vor 1

### 🏠 POLITIK

Heizgesetz: Ampel verspricht bessere Kommunikation 2

Andreae: "Vor dem Ausstieg muss ein Einstieg kommen" 3

Bundesregierung will Energiesicherheit stärken 4

Grünstrom-Kriterien für grünen Wasserstoff treten in Kraft 5

### 🏢 UNTERNEHMEN

Stadtwerke Münster hoffen auf Abkehr vom Krisenmodus 5

Haftstrafe wegen Säureanschlag auf Ex-Innogy-Manager rechtskräftig 6

### ⚡ STROM

Solarbranche sieht sich auf der Überholspur 7

Neue Angebote: Direktvermarktung wird kleinteilig 7

BNE will mehr Direktvermarktung für PV-Dachanlagen 8

"Eine ganze Branche wartet darauf, gehört zu werden" 8

### 🔥 GAS & WÄRME

Zukunft Gas: Keine "Austrittswelle" aus dem Verband 9

Serielle Sanierung nimmt Fahrt auf 9

Grüner Wasserstoff: Deloitte-Studie sieht Chancen für Nordafrika 10

### 🌟 NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

Thyssenkrupp darf auf Genehmigung für H<sub>2</sub>-Projekt hoffen 10

Immobilienunternehmen beauftragt EnBW mit Ladesäulenbau 11

"Wir sehen eine Veränderung hin zum Energiewende-Dienstleister" 11

### 🇦🇹 ÖSTERREICH

Die Hürden auf dem Weg zur Energiewende 12

Finanzausgleich für Energiewende nutzen 13

EVN will Preise um bis zu 20 Prozent senken 14

EVN baut in fünf Windparks neue Anlagen 14

Wien Energie schnürt 10-Mio.-Euro-Hilfspaket 15

Slowenien: "Beteiligung am AKW Krsko erwünscht" 15

Zukünftig ist zudem die Summe der jährlichen Gesamtemissionen entscheidend. Wenn diese in der Vorausschau überschritten werden, muss nachgesteuert werden. Die jährlichen Sektorziele sind hingegen nicht mehr maßgebend. Damit setzt das Bundeswirtschaftsministerium die Beschlüsse des Koalitionsausschusses um. So werde die Gesamtverantwortung der Bundesregierung und die Flexibilität zwischen den Sektoren gestärkt, heißt es dazu.

Von den Änderungen im Klimaschutzgesetz profitiert insbesondere Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP), dessen Ressort nun kein Sofortprogramm vorlegen muss. Die FDP hatte sich darum bemüht, die jährlichen Sektorziele im Klimaschutzgesetz aufzuweichen. Im Verkehrssektor wurde die im bisherigen Klimaschutzgesetz vorgesehene Jahresemissionsmenge in den Jahren 2021 und 2022 um 2 beziehungsweise 9 Mio. Tonnen überschritten. Eine Lockerung der Sektorverantwortung will Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) jedoch niemandem zugestehen: "Alle müssen beitragen und besonders müssen die beitragen, die die Ziele nicht erreicht haben", sagte er bei einer Pressekonferenz zu dem Klimapaket.

### Gesamtverantwortung der Bundesregierung

Die Entwürfe gehen nun in die Ressortabstimmung. "Das neue Klimaschutzprogramm bündelt die Anstrengungen der Koalition zur Erreichung der nationalen und europäischen Klimaschutzziele", teilte Habeck mit. Viele Maßnahmen, wie der schnellere Erneuerbarenausbau, das Deutschlandticket und das Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz, seien bereits umgesetzt. Weitere Maßnahmen, wie das GEG oder die CO<sub>2</sub>-orientierte LKW-Maut, seien auf den Weg gebracht.

Beim Entwurf des neuen Klimaschutzgesetzes hob Habeck die Prognose der zukünftigen Emissionsentwicklung hervor. Diese mache Klimaschutz vorausschauender, flexibler und effizienter. Die Jahresemissionsmengen der Sektoren blieben zudem für das Monitoring und zur Bewertung bestehen. "Die Bundesregierung trägt zukünftig noch stärker eine Gesamtverantwortung für die Einhaltung dieser Vorgaben, zugleich wird die Rolle des Expertenrats künftig gestärkt", sagte Habeck. Dieser soll künftig die Prognose validieren und darf eigene Vorschläge machen. Der Expertenrat für Klimafragen hatte zuletzt die geplante Aufweichung der Sektorziele heftig kritisiert. Auch der Energieverband BDEW kritisierte dies als einen Schritt in die falsche Richtung: "Es darf nicht passieren, dass die Sektoren, die heute schon liefern, die Last der anderen mittragen müssen", sagte Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung.

### Habeck sieht Klimaziele in Reichweite

Laut Wirtschaftsministerium werde durch die Novelle des Klimaschutzgesetzes keine Tonne mehr CO<sub>2</sub> ausgestoßen als mit dem bisherigen Gesetz. "Die Gesamtemissionsmengen gelten und müssen von 2021 bis 2030 über alle Jahre hinweg in der Summe eingehalten werden", heißt es in einem Überblickspapier. Habeck sieht die Klimaziele nun erstmals wieder in Reichweite. "Als ich Minister wurde, erschien das Erreichen der Klimaschutzziele unmöglich", sagte er. Das sei nun anders. "Wir haben das Schiff auf Kurs gebracht, nun gilt es, Fahrt aufzunehmen", so sein Fazit. /ck  
Von Carsten Kloth

## POLITIK

### WÄRMEWENDE

## Heizgesetz: Ampel verspricht bessere Kommunikation

**Berlin (energate) - Nach dem langen Streit um das Gebäudeenergiegesetz zeigen sich Vertreter der Bundesregierung selbstkritisch. Insbesondere die Kommunikation soll sich nun verbessern.** In den vergangenen Wochen und Monaten hätten viele Menschen am Frühstückstisch über neue Heizungen diskutiert, betonte Kanzleramtsminister Wolfgang Schmidt (SPD) auf dem BDEW-Kongress in Berlin. Dies sei aber nicht in einer Art passiert, die positiv sei. Die Verantwortung dafür trage die Bundesregierung. Auch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) räumte bei dem Kongress ein, dass die politische Kommunikation mit der öffentlichen Debatte um das Gesetz nicht Schritt gehalten habe. Das Gesetz habe eine große Tragweite, weil es 40 Mio. Haushalte betreffe.

Zur negativen Debatte um das Heizgesetz hat der wochenlange Streit zwischen SPD, Grünen und FDP beigetragen. Der Plan, das Gesetz noch vor der parlamentarischen Sommerpause zu



**entLastmanagement<sup>®</sup> by Unigy**

So geht's: Wir optimieren und traden für Sie 24/7 im „Algo-Rhythmus“ – All Assets, PPAs und Energieportfolios – holen das Beste für Sie raus und halten Ihnen den Rücken frei.

[Hier erfahren Sie mehr](#)

**UNIGY<sup>®</sup>**  
Your Energy Optimizer

beschließen, stand auf der Kippe. Vor allem die FDP hatte auf weniger strengere Vorgaben gedrungen. Die Ampel-Parteien hatten sich daher am 13. Juni auf Änderungen an den Plänen geeinigt, die unter anderem für Bestandsgebäude längere Übergangsfristen vorsehen.

### Habeck hofft auf "konstruktiven Streit"

Im Bundestag soll das Gesetz am 15. Juni erstmals diskutiert werden. Habeck betonte, er hoffe nun auf einen "konstruktiven Streit in der Sache". Die beschlossenen Änderungen verteidigte er. "Ich bin zufrieden mit dem, was wir da verhandelt haben." Es gehe um eine Flexibilisierung der strengen Regelungen und darum, mehr Akzeptanz zu schaffen. Nicht zufrieden sei er damit, dass die Koalition fünf Tage verhandeln musste, um die Einigung zu erzielen.

### Heizungshersteller wünschen sich Klarheit

Die Heizungsbranche zeigt sich erleichtert, dass eine Lösung gefunden wurde. Die Diskussion der vergangenen Monate habe zu einer massiven Verunsicherung geführt und bereits Spuren im Markt hinterlassen, erklärte der Branchenverband BDH. Die vorgesehenen Änderungen seien ein erster Schritt, den Gesetzentwurf in ein praktikables Gesetz zu überführen. Positiv sei, dass nun mehr technologische Lösungen, etwa Holzheizungen, für die Erfüllung der Vorgaben in Betracht kommen sollen. Positive Reaktionen kommen auch aus der Gaswirtschaft. "Wir begrüßen, dass die Regierungsfractionen anerkennen, welche wichtige Rolle die neuen Gase wie Wasserstoff zur Sicherung der Resilienz auch im Wärmemarkt spielen können", erklärte Timm Kehler, Vorstand von Zukunft Gas. Positiv sei zudem, dass nun die kommunale Wärmeplanung vorgezogen werden solle.

Kritik kommt weiter von Umweltorganisationen. "Mit diesem aufgeweichten Heizungsgesetz rückt das Erreichen der Regierungsziele beim Klimaschutz in weite Ferne", hieß es von Greenpeace. Wenn zunächst die kommunale Wärmeplanung abgeschlossen werden soll, dann würden bis 2028 in den meisten Kommunen weiter klimaschädliche Gasheizungen eingebaut. /kw

Von Karsten Wiedemann

## BDEW-KONGRESS

# Andreae: "Vor dem Ausstieg muss ein Einstieg kommen"

**Berlin (energate) - BDEW-Chefin Kerstin Andreae fordert von der Bundesregierung eine schnelle Entscheidung zum Bau von Gaskraftwerken. Für den Übergang in ein klimaneutrales Energiesystem seien diese unabdingbar, sagte die Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung zur Eröffnung des Verbandskongresses in Berlin.** Der BDEW weise seit Jahren auf den Bedarf an steuerbaren Erzeugungskapazitäten hin. Deren Planung und Bau würde jedoch zu lange dauern, im besten Fall mindestens sechs Jahre.

Wie Andreae in einem anschließenden Gespräch mit Journalistinnen und Journalisten weiter ausführte, sei die geplante Kraftwerksstrategie der Bundesregierung eines der aktuell wichtigsten Themen. "Unter dem Strich ist klar, dass wir schnell einen Investitionsrahmen für neue Kraftwerke brauchen", sagte die Verbandschefin. Wenn diese mit geringen Volllaststunden laufen sollen, werden sie sich nicht ausschließlich über einen Arbeitspreis refinanzieren können. Deshalb brauche es einen Kapazitätsmarkt, forderte Andreae. Das müsse in der Diskussion um die Kraftwerksstrategie berücksichtigt werden.

Die BDEW-Hauptgeschäftsführerin wollte sich nicht festlegen, ob angesichts der aktuellen Unklarheit bei Investitionsbedingungen ein früherer Kohleausstieg 2030 gefährdet sei. "Wichtig ist, dass vor dem Ausstieg ein Einstieg kommt, in Erneuerbare und H2-fähige Gaskraftwerke."

### Finanzielle Entlastungen "nicht unser Job"

In der Eröffnungsrede erklärte Andreae zudem, die Branche habe wegen der Energiekrise "in den Abgrund geschaut". Der Weg durch die Krise sei voller schmerzhafter und anstrengender Schritte gewesen. Sie verwies dabei etwa auf die von der Bundesregierung eingeführten Preisbremsen für Strom und Gas. Diese umzusetzen, und die Krise den Kunden gegenüber zu

## IMPRESSUM

### Herausgeber & Verlag:

ener|gate gmbh  
Norbertstraße 3-5  
D-45131 Essen

**Handelsregister:** Amtsgericht Essen HRB 24811  
Sitz der Gesellschaft: Essen

**Geschäftsführung:** Marc Hüther, Christoph Krug  
**Chefredakteur:** Christian Seelos

Die gesamte Redaktion finden Sie unter  
[www.energate.de/redaktion](http://www.energate.de/redaktion)

### Kundenservice:

Telefon: +49 201 1022-500  
[kundenservice@energate.de](mailto:kundenservice@energate.de)

### Redaktionsanschrift:

Norbertstraße 3-5, D-45131 Essen  
Telefon: +49 201 1022-500  
[redaktion@energate.de](mailto:redaktion@energate.de)

### Redaktionsanschrift Berlin:

Jagowstraße 17, D-10555 Berlin  
Telefon: +49 30 880013-100

### Redaktionsanschrift Schweiz:

Ringstrasse 28, CH-4600 Olten  
Telefon: +41 62211-6307  
[redaktion@energate.ch](mailto:redaktion@energate.ch)

### Anzeigenverwaltung:

Sebastian Engels  
Telefon: +49 201 1022-516

**Abonnement:** Der energate messenger+ erscheint werktäglich im HTML- und PDF-Format und wird per E-Mail versendet. Das Abonnement kostet zurzeit 189,- € (zzgl. MwSt.) monatlich und beinhaltet ein Add-on nach Wahl. Weitere Add-ons sind hinzubuchbar. Abonnenten haben zusätzlich Zugriff auf das Nachrichtenportal [www.energate-messenger.de](http://www.energate-messenger.de) und die energate-App. Preise für Team- und Unternehmenslizenzen auf Anfrage.

**Haftungsausschluss & Copyright:** Sämtliche Informationen des energate messenger+ wurden mit höchster Sorgfalt erstellt. Für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der Daten kann jedoch keine Gewähr übernommen werden. Alle Inhalte des energate messenger+ sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Speicherung in elektronischen Systemen und das Weiterleiten per E-Mail.

kommunizieren, sei für die Unternehmen enorm belastend gewesen. An die Politik gerichtet sagte sie, wenn diese künftig die Menschen entlasten wolle, solle sie andere Wege finden als über die Energieversorgungsunternehmen. "Das ist nicht unser Job", sagte die Verbandschefin.

### Finanzierung des Netzausbaus

Damit die Energiewende gelingt, brauche es neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien auch den der Netze und der Infrastruktur, so Andreae. Entscheidend dabei sei die Finanzierung. Die Bundesnetzagentur hatte Anfang Juni Vorschläge zur Anhebung der Netzrenditen gemacht, die nun diskutiert werden. Sie erwarte von der Behörde, dass diese "Wort hält und den Eigenkapitalzinssatz anpasst".

### Rückendeckung für Wasserstoffnetz

Positiv bewerte Andreae dagegen, dass die Bundesregierung ein sogenanntes Wasserstoffkernnetz in Deutschland plant. "Das ist ein Startschuss für die nötigen Investitionen." Diese könne es nur geben, "wenn die Anbindung an ein großes Transportnetz gegeben ist". Im zweiten Schritt müsse die Verteilnetzebene einbezogen werden. /mh

Von Michael Hahn

## NATIONALE SICHERHEITSSTRATEGIE

# Bundesregierung will Energiesicherheit stärken

**Berlin (energate) - Die Bundesregierung hat erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik eine Nationale Sicherheitsstrategie verabschiedet. Bestandteile sind auch die Themen Rohstoff- und Energiesicherheit** - so wie unter anderem Cybersicherheit, Schutz von kritischen Infrastrukturen und der Klimawandel. Die Ausarbeitung der Strategie sei noch vor dem Ukraine-Krieg und der Explosion der Nord-Stream-Pipelines vereinbart worden, betonte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bei der Präsentation der Strategie. Zu den Gerüchten um eine Beteiligung der Ukraine beim Anschlag auf die Nord-Stream-Pipelines wollte sich Scholz dabei aber nicht äußern und verwies auf die laufenden Ermittlungen des Generalbundesanwalts.

Neben Kanzler Scholz waren Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne), Finanzminister Christian Lindner (FDP), sowie Innenministerin Nancy Faeser (SPD) und Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) bei der Vorstellung des außen- und sicherheitspolitischen Grundsatzpapiers in Berlin anwesend. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) fehlte aufgrund eines Termins beim "Stahlaktionstag" der IG Metall in Duisburg hingegen. Baerbock betonte dennoch die Rolle des Wirtschaftsressorts

Let's **start** with

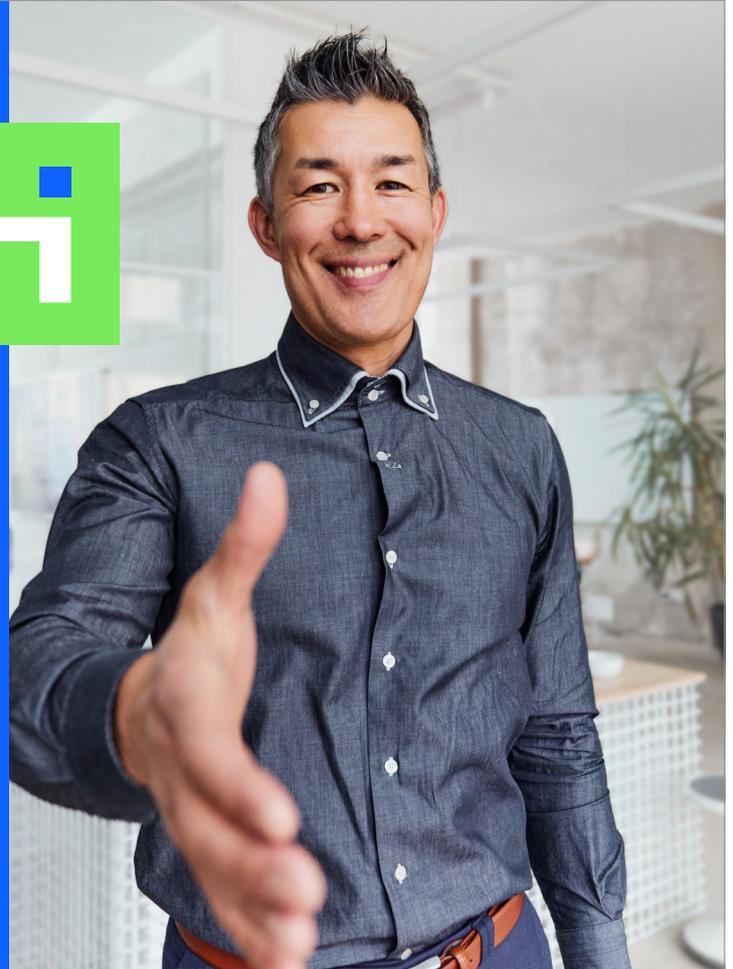


Wir machen BESS – stationäre Energiespeicher von höchster Qualität. Denn sichere, langlebige und hocheffiziente Batterien sind der Grundpfeiler für ein stabiles Netz und günstige Energie. Neugierig?

Treffen Sie uns auf „THE smarter E“ vom 14 bis 16 Juni in München, Halle C2 Stand 520.



**HTHIUM**



bei der Strategie. Auch warmes Wasser und gefüllte Gasspeicher würden beispielsweise zur Sicherheit gehören. Das sei 2015 noch nicht selbstverständlich gewesen, als der Gasspeicher in Rehden an Gasprom verkauft worden war. Dieses Problem für die Versorgungssicherheit sei beispielsweise schon gelöst worden.

### Diversifizierung der Lieferbeziehungen

Generell will die Bundesregierung die Rohstoff- und Energiesicherheit laut Strategie durch Diversifizierung der Lieferbeziehungen stärken. "Die Energiewende senkt zwar die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, Deutschland wird aber auf absehbare Zeit Energieimporteure bleiben", heißt es beispielsweise in der Strategie. Die Bundesregierung verfolge daher das Ziel einer CO<sub>2</sub>-freien und gleichzeitig sicheren und bezahlbaren Energieversorgung. Dabei setze sie auf technologische Innovationen, Diversifizierung der Bezugsquellen und beziehe strategisch wichtige Rohstoffe wo immer möglich von verlässlichen Partnern.

Ein eigenes Kapitel beschäftigt sich mit dem Thema Nachhaltigkeit. "Globale Klima-, Umwelt-, Ernährungs- und Ressourcenpolitik ist Sicherheitspolitik", heißt es darin. Die Bundesregierung wolle ihr Engagement zur Begrenzung der Klimakrise verstärken und ihren Beitrag dazu leisten, Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen und die EU-Klimadiplomatie auszubauen. Unter anderem erwähnt die Strategie den Aufbau und die Weiterentwicklung eines "offenen und kooperativen internationalen Klimaklubs" ausdrücklich. Auch wenn kurzfristige Maßnahmen für die Energieversorgungssicherheit notwendig sind, will die Regierung sie in Einklang mit den Klimaschutzziele bringen. /ck

Von Carsten Kloth

### DEKARBONISIERUNG

## Grünstrom-Kriterien für grünen Wasserstoff treten in Kraft

**Brüssel (energate) - Die europäischen Kriterien für grünen Wasserstoff treten in Kürze in Kraft. Das erfuhr energate von der EU-Kommission.** Die Behörde hatte die zwei delegierten EU-Verordnungen zur Erneuerbarenrichtlinie aus dem Jahr 2018 (RED II) mit den Grünstrom-Kriterien für die Produktion von grünem Wasserstoff im Februar dieses Jahres vorgelegt. Delegierte Rechtsakte können von den EU-Mitgesetzgebern - EU-Parlament und EU-Ministerrat - nicht mehr geändert, sondern nur abgelehnt werden. Die Frist dafür lief am 13. Juni um Mitternacht ab, wie ein Sprecher der EU-Kommission der Redaktion bestätigte. Danach werde es noch einige Tage dauern, bis die Texte im Amtsblatt veröffentlicht würden und in Kraft träten.

Die beiden Rechtsakte stehen miteinander im Zusammenhang und seien beide erforderlich, damit die erneuerbaren flüssigen oder gasförmigen Brenn- oder Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs (RFNBOs) auf das Ziel der Mitgliedstaaten im Bereich der erneuerbaren Energien angerechnet werden können, heißt es in der diesbezüglichen Mitteilung der EU-Kommission.

### E-Fuels nur mit grünem Strom

Die erste Verordnung soll sicherstellen, dass RFNBOs, etwa Ammoniak, Methanol oder E-Fuels, nur aus "zusätzlichem" Strom aus erneuerbaren Quellen erzeugt werden können. Damit will die Kommission verhindern, dass durch die Wasserstoffherzeugung ein zusätzlicher Strombedarf entsteht, der durch Stromerzeugung aus fossilen Brenn- oder Kraftstoffen gedeckt wird. Neben diesem Kriterium der "Zusätzlichkeit" müssen zwei weitere erfüllt sein: So soll erneuerbarer Wasserstoff nur zu Zeiten und an Orten erzeugt werden, zu beziehungsweise an denen ausreichend erneuerbare Energie zur Verfügung steht.

Die zweite Verordnung enthält eine Methode zur Berechnung der Emissionseinsparungen von RFNBOs. RFNBOs werden nur dann auf das EU-Ziel für erneuerbare Energien angerechnet, wenn sie im Vergleich zu fossilen Brennstoffen Treibhausgaseneinsparungen von mehr als 70 Prozent erzielen. /rl

Von Rainer Lütkehus



### UNTERNEHMEN

#### JAHRESBILANZ

## Stadtwerke Münster hoffen auf Abkehr vom Krisenmodus

**Münster (energate) - In der Chefetage der Stadtwerke Münster herrschen derzeit große Erleichterung und verhalten hoffnungsvolle Vorfriede. Erleichterung, weil der westfälische Kommunalversorger die Energiekrise bislang "nicht nur überlebt, sondern auch gemeistert hat".** Das erklärte Geschäftsführer Sebastian Jurczyk bei der Vorstellung der Geschäftsbilanz des Krisenjahrs 2022. Zugleich schätzt Jurczyk die Gefahr einer bundesweiten Gasmangellage im kommenden Winter als "sehr gering" ein - auch wegen der aktuell gut gefüllten Gasspeicher, wie er sagte. Auf die Aussicht, deshalb in absehbarer Zeit weniger mit Kosten- und Krisenmanagement und mehr mit der Gestaltung der Energiewende beschäftigt zu sein, gründet die Unternehmensführung Hoffnung und Vorfriede, machte der Geschäftsführer deutlich.

#### Management sieht Zeit für neue Produkte gekommen

"Nach drei Krisenjahren wollen wir endlich mit innovativen Konzepten überzeugen. Darauf haben wir Lust", so Jurczyk. Als Beispiele für solche Neuerungen im Angebotsportfolio nannte er ein Contracting-Modell rund um Wärmepumpen, das unmittelbar vor dem Start stehe. Ferner arbeiten die Stadtwerke an Mieterstrommodellen und bereiten einen Regionalstromtarif vor, sprich die Vermarktung von regional erzeugtem Ökostrom an Kunden im Umkreis der Erzeugungsanlagen. Zudem werde es darum gehen, die Fernwärmeversorgung zu dekarbonisieren, unter anderem über Tiefengeothermie und Solarthermie.

## Wettbewerb im Vertrieb tobt wieder

Vorbei scheint die Energiekrise auch im Vertrieb, berichtete Jurczyk. "Die Billiganbieter sind zurück", sagte er mit Blick auf das deutlich gefallene Preisniveau im Großhandel. Discounter, die es vorgezogen hätten, am Höhepunkt der Preiskapriolen "Kunden im Regen stehenzulassen" und Grundversorgern zu überlassen, würden nunmehr wieder Preise aufbieten, mit denen Kommunalversorger, die drei Jahre im Voraus beschaffen, nicht mithalten können, so Jurczyk. Während die Krise den Kundenstamm der Stadtwerke als einem dieser Grundversorger im Stromsegment zeitweise um 17 Prozent steigerte, waren es im Gasbereich 11 Prozent. Allerdings seien 80 Prozent dieser neu gewonnen Kunden in der neu belebten Konkurrenzsituation wieder abgewandert, so Jurczyk gegenüber energate.

## Krise vereint Kundenzustrom mit Absatzeinbruch

Trotz dieses Kundenzustroms setzten die Stadtwerke 2022 knapp 14 Prozent weniger Gas und 14 Prozent weniger Fernwärme ab. Der Stromabsatz lag indes vier Prozent über dem Vorjahresniveau. Vor allem Industrie- und Gewerbekunden hätten merklich Gas gespart. Zugleich habe die milde Witterung die Heizperiode der Privathaushalte in Münster um vier Wochen nach hinten verschoben. Gleichzeitig sparten die Stadtwerke auch selbst Gas, vor allem bei der Stromerzeugung aus dem hauseigenen Gaskraftwerk. Dieses produzierte aus Kostengründen 24 Prozent weniger Strom als ursprünglich geplant, bilanzierte Jurczyk.

## "Jeden Euro hinter die Brandschutzmauer gelegt"

Generell habe die Führung im Rahmen des Kostenmanagements "jeden Euro hinter die Brandschutzmauer gelegt". Dabei kam dem Versorger zugute, dass er sich bei der Beschaffung auf den OTC-Handel konzentriert. Kapitalintensive Absicherungsgeschäfte, die andere Unternehmen kurzfristig in Nöte brachten, seien somit kein Thema gewesen, blickte er zurück. Bei der Stromerzeugung eingespartes und überschüssig für die Grundversorgung beschafftes Gas konnten die Stadtwerke zudem schließlich wieder verkaufen. Auch deshalb sei es ein großes Glück, dass der Winter 2022/23 so mild blieb, betonte der Geschäftsführer.

## Ebit mehr als verdoppelt

Dies trug wesentlich dazu bei, dass die Stadtwerke Münster unterm Strich trotz Herausforderungen ein deutlich verbessertes Ergebnis erzielen konnten. Im Detail steigerten die Stadtwerke den Jahresüberschuss im Vergleich zum Vorjahr um rund sechs Prozent auf 8,7 Mio. Euro. Den Gewinn vor Steuern und Zinsen (Ebit) konnte der Versorger sogar mehr als verdoppeln. Er kletterte auf 39,9 Mio. Euro. /pa  
Von Philip Akoto

## URTEIL

## Haftstrafe wegen Säureanschlag auf Ex-Innogy-Manager rechtskräftig

Karlsruhe (energate) - Für den Säureanschlag auf den ehemaligen RWE- und Eon-Manager Bernhard Günther muss ein Angeklagter zwölf Jahre in Haft. Der Beschuldigte scheiterte jetzt am Bundesgerichtshof in Karlsruhe mit einem Berufungsverfahren. Somit ist das Urteil "wegen absichtlicher schwerer Körperverletzung" rechtskräftig, teilte der Bundesgerichtshof (BGH) mit. Demnach nahm der BGH zwar geringfügige Änderungen am ursprünglichen Richterspruch vor, der im August 2022 vom Landgericht Wuppertal gefällt worden war. Das damals verhängte Strafmaß allerdings blieb unbeanstandet. Bei der Revision hatte sich der Beklagte auf "sachlich rechtliche Mängel" berufen.

Zur Tatzeit im Jahr 2018 war Bernhard Günther (Jahrgang 1967) Finanzvorstand der RWE-Ausgründung Innogy. Er war vom nunmehr rechtskräftig Verurteilten und einem weiterhin unbekanntem Mittäter beim Jogging unweit seines Wohnhauses nahe Düsseldorf überfallen worden. Die Attentäter brachten Günther laut BGH rücklings zu Boden und schütteten ihm hoch konzentrierte Schwefelsäure in das Gesicht. "Dabei handelten sie in der Absicht, dem Tatopfer durch Verätzung schwere, ihn dauerhaft entstellende Verletzungen beizubringen und ihn auf beiden Augen vollständig erblinden zu lassen", so das Gericht weiter.

Allerdings, so die Kammer, sollten die beiden Auftragstäter Günther weder töten noch in Lebensgefahr bringen. Wer die Tat in Auf-

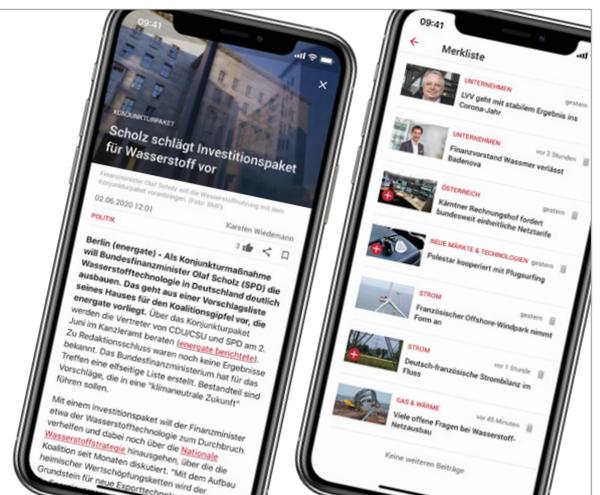


## Die neue energate-App – Energienews smarter lesen

### Individualisiert. Intuitiv. Topaktuell.

- ✓ Persönliche Newsrubrik: Für Ihre Lieblingsthemen
- ✓ Merkliste: Ihr eigenes Nachrichten-Gedächtnis
- ✓ Push-Nachrichten: Mitteilungen zu Ihren Schwerpunkten

### Jetzt kostenlos downloaden:



trag gab, ist nach wie vor unbekannt. Dass der nun rechtskräftig Verurteilte ermittelt werden konnte, führt das Gericht auf Hinweise zurück, die bei den Ermittlungsbehörden eingegangen waren, nachdem Günther eine Belohnung dafür ausgesetzt hatte. /pa

Von Philip Akoto

## STROM

### STUDIE ZUM PV-ZUBAU

## Solarbranche sieht sich auf der Überholspur

**München (energate) - Die Solarbranche rechnet in den kommenden Jahren mit einem hohen, exponentiellen Zubautempo bei Photovoltaik. "Die Solarenergie ist auf der Überholspur, obwohl die Energiekrise der Branche einen kleinen Knick nach oben bei den Gestehungskosten bescherte", sagte Michael Schmela, Executive Advisor and Director of Market Intelligence, beim europäischen Photovoltaikverband Solarpower Europe, auf der diesjährigen Fachmesse "Intersolar" in München. 2022 habe der Zubau weltweit 239.000 MW betragen und damit 45 Prozent mehr als in dem Jahr davor. Dabei verwies Schmela auf den neuen Report des Verbandes ("Global Market Outlook for Solar Power 2023-2027").**

### Deutschland auf Platz zwei

Die Statistik zeigt, dass Deutschland 2022 seine Zubauquote aus 2021 um knapp 23 Prozent auf 7.400 MW erhöht hat. Dies sei europaweit Platz zwei hinter Spanien. Das sonnenreiche südeuropäische Land installierte 2022 etwa 8.400 MW an zusätzlicher Solarkapazität, nach 4.800 MW im Jahr 2021. Diese Zahlen seien im weltweiten Vergleich allerdings weit abgeschlagen hinter Indien (17.400 MW), den USA (21.400 MW) und vor allem China (94.700 MW). Ein kleiner Trostpreis für Europa: Pro Kopf komme hier die Photovoltaik im Vergleich zu China auf einen doppelt so hohen Wert, so Schmela weiter.

Entsprechend hoch falle mit rund 60 Prozent der aktuelle Marktanteil Asiens im globalen Vergleich aus - wobei der chinesische Markt 40 Prozent davon ausmacht. Europa kommt auf einen Anteil von 19 Prozent. Auch in den kommenden Jahren rechnet Solarpower Europe mit einem anhaltenden Boom für Photovoltaik. So soll die installierte PV-Kapazität allein in Deutschland von aktuell 68.000 MW auf 155.600 MW im Jahr 2027 steigen (+ 18 %).

### Europas PV-Industrie unter Druck

Sorge bereitet der europäischen Solarbranche die weltweite Verteilung der Produktionskapazitäten für PV-Module und andere Komponenten. Hier liege Europa weiterhin deutlich hinter Asien und den USA, führte Schmela aus. Zwar gebe es auch in Europa

Beispiele für einen erfolgreichen Ausbau von Produktionskapazitäten, etwa eine 3.000-MW-Batteriefabrik von Enel in Italien. Ferner Sorge auch die europäische Solar Industry Alliance für mehr Bewegung auf EU-Ebene. Allerdings sei dies mit den Dimensionen beispielsweise in den USA nicht vergleichbar. Zudem förderten die Nordamerikaner mit dem "Inflation Reduction Act" sowohl die Produzenten als auch mit Fördertöpfen die Stromabnehmer, um die Nachfrage anzukurbeln. Somit bleibe das Problem einer möglichen Abwanderung der PV-Industrie präsent. /am

Von Artjom Maksimenko

### KLEINANLAGEN-DIREKTVERMARKTUNG

## Neue Angebote: Direktvermarktung wird kleinteilig

**Leipzig/München/Berlin (energate) - Die Direktvermarktung nach dem EEG war bislang hauptsächlich größeren Anlagen mit mehr als 100 kW Leistung vorbehalten. Nun kommen immer mehr Versorger mit Angeboten für die Betreiber kleinerer Photovoltaikanlagen auf den Markt. Zuletzt haben etwa der Ökostromanbieter Octopus Energy sowie der Speicherhersteller Senec ein solches Produkt eingeführt. Beide Anbieter stellen Haushalten mit Solaranlage höhere Vermarktungserlöse als in der Festvergütung in Aussicht. Senec garantiert sogar 30 Prozent Mehrertrag gegenüber der Einspeisevergütung. Beide Anbieter haben zudem insbesondere Haushalte mit Batteriespeichern im Blick, da diese bei der Vermarktung von überschüssigem Strom flexibler sind.**

### Octopus Energy setzt auf Dienstleister Lumenaza

Octopus Energy setzt für sein Angebot auf den Dienstleister Lumenaza, der die entsprechende Softwareplattform zur Verfügung stellt. Im Namen von Octopus Energy übernimmt das Unternehmen neben der Vermarktung und der Marktkommunikation auch das Vertragsmanagement, die Abrechnungen und die Kundenkommunikation. Als Dienstleister stellt Lumenaza auch einen Online-Rechner zur Verfügung, in dem Kunden anhand ihrer Anlagengröße und ihres Strompreises die Wirtschaftlichkeit des Angebots prüfen können. Lumenaza betrachtet sich selbst als Marktführer im Bereich der Kleinanlagen-Direktvermarktung und hatte sein White-Label-Angebot erst kürzlich öffentlich gelauncht.

Senec kooperiert für das Angebot "SENEC.Cloud pro" derweil mit der Konzernmutter EnBW, die etwa den dazugehörigen Reststrom-Liefervertrag beisteuert. Voraussetzung ist die Installation des Heimspeichers "Senec Home 4", der zugleich das Heimenergiemanagementsystem (HEMS) "PowerPilot" beinhaltet. Die 30 Prozent an Mehrerlösen, die die EnBW-Tochter in Aussicht stellt, orientieren sich dabei an der aktuell gültigen Festvergütung von 8,2 Cent/kWh. Zur Erläuterung verweist Senec auf die starken Preisschwankungen im Börsenhandel. "An den daraus resultierenden oft hohen Strompreisen lassen wir unsere Kunden ab sofort teilhaben", erklärte Senec-Geschäftsführerin Aurelie Alemany. /rb

Von Rouben Bathke

## FORDERUNG

## BNE will mehr Direktvermarktung für PV-Dachanlagen

**Berlin (energate) - Der Bundesverband Neue Energiewirtschaft (BNE) will weniger Vorgaben für die Direktvermarktung von Photovoltaikdachanlagen. So soll etwa die Pflicht zur Fernsteuerbarkeit der Anlagen entfallen, fordert der Verband in einem Impulspapier.** Die Regulatorik sei veraltet und verhindere förderfreie Vermarktungskonzepte, so der BNE. Geschäftsführer Robert Busch beklagt: "Wer eine eigene Dachanlage betreibt, muss die gleichen Bedingungen erfüllen wie ein Großkraftwerksbetreiber". Dies sei völlig überzogen. Die Direktvermarktung für kleine Anlagen müsse daher vereinfacht, Prozesse digitalisiert werden. Dafür sieht der BNE zwei große Handlungsfelder. Zum einen solle der Gesetzgeber die Voraussetzungen zur Direktvermarktung vereinfachen. Zum anderen gehe es darum, den Marktzugang zu erleichtern. Der Eintritt in die Direktvermarktung solle sofort mit Inbetriebnahme einer Anlage möglich sein, fordert der BNE. Bislang ist dies noch nicht der Fall. Zudem solle ein flexibles Opt-in-Modell eingeführt werden. Dieses solle den Anlagenbetreibern die Möglichkeiten geben, sich entweder freiwillig für die Direktvermarktung zu entscheiden oder alternativ andere Vermarktungsmodelle zu nutzen.

### Wartezeit verkürzen

Großen Handlungsbedarf sieht der BNE auch bei der Erstanmeldung für Neuanlagen sowie für den Wechsel in die Direktvermarktung. Um Strom direkt vermarkten zu können, brauche der Betreiber der Anlage die Marktllokationsnummer-Identifikationsnummer (Malo-ID). Bis Betreiber diese erhalten, könne es aber bis zu neun Monate dauern, zeigt der BNE auf. Hinzu komme, dass die Vorlaufzeiten für den Wechsel in die Direktvermarktung von vier Wochen zum Monatsbeginn zu lange seien. Viele Verteilnetzbetreiber beherrschten zudem die Wechselprozesse nicht und würden somit zum Flaschenhals, beklagt der BNE. Dadurch würden Meldungen zur Direktvermarktung abgewiesen.

### Freiwilliges Steuern

Ein Dorn im Auge ist dem Verband darüber hinaus die gesetzliche Pflicht zur Steuerbarkeit. Bei Anlagen bis zu 100 kW solle vielmehr der Direktvermarkter entscheiden, ob er eine solche Fernsteuerbarkeit verlange oder nicht. Auch an die starre Direktvermarktungspflicht für Anlagen größer als 100 kW will der Verband ran. Er begründet dies mit der Problematik, dass Anlagenbetreiber häufig keine Direktvermarkter für ihre Anlagen finden. Auch die notwendige Begutachtung durch einen externen Gutachter sei aufwendig und teuer und sollte daher im Rahmen einer De-minimis-Regelung für Anlagen kleiner 100 kW entfallen.

### Vereinfachter Marktzugang

Die Präqualifikationsvorgaben für alle Regelenergiemärkte sollten "konsequent an dezentralen Einheiten" ausgerichtet werden, wie es in dem Impulspapier weiter heißt. So solle der Marktzugang

erleichtert werden. Auch die Anerkennung von Vermarktungskonzepten sollte einfacher werden. Der BNE schlägt hier vor, dass sich Verteilnetzbetreiber an die Bundesnetzagentur wenden müssen, falls sie ein Vermarktungskonzept für nicht rechtmäßig hält. Bislang obliegt dies noch dem Anlagenbetreiber.

### Großes Potenzial

Das Potenzial für die Vermarktung von Solarstrom aus Dachanlagen sei indes groß: Laut BNE entfallen bislang 70 Prozent der installierten Photovoltaikleistung in Deutschland auf dieses Segment. Mit dem Impulspapier will der Verband auf das von der Bundesregierung geplante Solarpaket einwirken. /sd

Von Stefanie Dierks

### ADD-ON STROM/GASTKOMMENTAR

## "Eine ganze Branche wartet darauf, gehört zu werden"

**Kassel (energate) - Grünes Gas zur Stromerzeugung wird langfristig dringend gebraucht. Das Potenzial von Biogas wird dabei allerdings verkannt, moniert Uwe Welteke-Fabricius aus der Geschäftsleitung des Branchennetzwerks Flexperten in einem Gastkommentar.**

### Ein Gastkommentar von Uwe Welteke-Fabricius, Flexperten

Laut der Kraftwerksstrategie des Bundeswirtschaftsministeriums (KWS 2026) sollen für die Sicherung der Stromversorgung 25 GW steuerbare Kapazitäten neu gebaut werden. Treibstoff ist Gas, aber "H2-ready". Diese Kraftwerke werden bis weit in die Dreißigerjahre an vielen Tausend Stunden benötigt, während noch längst nicht genug grüner Wasserstoff zur Verfügung steht. LNG ist dafür keine gute Zwischenlösung. Ein wichtiges Potenzial liegt zu unseren Füßen: Biologische Kreisläufe liefern stetig Zersetzungsprodukte, die in geschlossenen Behältern durch bakterielle Prozesse kostengünstig zu einem wertvollen Treibstoff werden - zu CH<sub>4</sub>, also Methan. Der Einsatz von flächenneutralem Kreislaufmaterial verbessert die Klimabilanz der Landwirtschaft und steht in keiner Konkurrenz zu Nahrungsmitteln.

### Idee der Bundesregierung krachend gescheitert

Doch nur ein Bruchteil der zur Zersetzung prädestinierten Biomasse wird für Biogas genutzt. Die Regierungspläne gehen eher von einem stetigen Abbau aus. Die Idee, Biogas als Biomethan in die Gasleitungen zu bringen, um spezielle Peaker damit zu versorgen, ist durch unüberlegte Ausschreibungsbedingungen krachend gescheitert. Im Bundeswirtschaftsministerium gibt es nicht einmal mehr einen Schreibtisch mit dieser Zuständigkeit, obwohl etwa sieben Prozent der Stromerzeugung aus Biogas stammen. Warum? Bisher sieht die Öffentlichkeit noch immer Biogasanlagen, die vor dem Hintergrund von Agrarüberschüssen mit Mais als Substratquelle entstanden. Mais, beliebt als Viehfutter, Polenta und Popcorn, wurde zum No-Go in der Energieerzeugung. Doch längst nimmt der Anteil von Anbaubiomasse in Biogasanlagen stetig ab.

## Biogas-BHKW als steuerbare Lasten

Inzwischen bauen Hunderte Betreiber ihre Anlagen zu regenerativen Speicherkraftwerken um: mit hoher BHKW-Leistung, die flexibel nach Markterfordernissen einspeist, mit großem Wärmepuffer und Nahwärmenetz für die nächste Ortschaft, in deren Versorgung auch andere Umweltwärmequellen einbezogen werden. Die Biogaserzeugung wird inzwischen saisonal an den Bedarf angepasst. Weitere Tausende Biogasanlagen können zu Speicherkraftwerken werden. Allein im Bestand können aus bisher sechs GW oft stetig laufenden Stromerzeugern etwa 15 GW steuerbare Leistung werden.

## Biogas Jahrzehnte früher verfügbar als Wasserstoff

Zukünftig laufen die Stromerzeuger nur in Bedarfszeiten ein und ruhen, wenn Wind und PV liefern. Der Beitrag von Biogas kann von etwa 34 TWh/Jahr (Strom) auch ohne zusätzliche Anbaubiomassee auf etwa 60 TWh/Jahr ausgebaut werden. Zusätzlich würde etwa gleich viel klimawirksam nutzbare Wärme verfügbar und kostengünstig das Heizungsproblem für Millionen Haushalte lösen. Der klimafreundliche und speicherbare Brennstoff Biogas ist ein bis zwei Jahrzehnte früher verfügbar als Wasserstoff! Biogas-Speicherkraftwerke können zudem den Hochlauf der dezentralen Wasserstoffwirtschaft fördern. Eine ganze Branche wartet darauf, dass ihre Appelle gehört werden. Vielleicht ist die KWS 2026 ein Anstoß, dieses Potenzial neu anzusehen - und endlich konsequent zu nutzen.

## GAS & WÄRME

### LOBBYARBEIT

## Zukunft Gas: Keine "Austrittswelle" aus dem Verband

**Berlin (energate) - Zukunft Gas dementiert eine angebliche "Austrittswelle" gleich mehrerer Stadtwerke aus dem Verband. Eine Allianz aus verschiedenen Umweltschutzorganisationen hatte jüngst per Mitteilung verbreitet, dass innerhalb eines Jahres 15 Versorger aufgrund der Pro-Gas-Agenda des Verbands ausgetreten wären.** Als Beispiele nennen die Umweltschützer, zu denen unter anderem das Umweltinstitut München gehört, etwa die Stadtwerke Rostock, Elmshorn und Stralsund sowie die Energie- und Wasserversorgung Bonn/Rhein-Sieg, die seit Juli 2022 von der Zukunft-Gas-Mitgliederliste verschwunden wären. Zudem hätten weitere Unternehmen ihren Austritt angekündigt.

### Neuausrichtung des Verbands wirkt sich auf Mitgliederstruktur aus

Zukunft Gas räumte auf energate-Nachfrage zwar ein, dass sich die Mitgliederstruktur vor dem Hintergrund der Neuausrichtung des Verbands in Richtung grüne Gase verändert habe. "Uns ist klar, dass die Nutzung von fossilem, nicht dekarbonisiertem Erdgas bis 2045 bedeutungslos werden wird. Neue Gase, wie Wasserstoff und Biomethan, werden zukünftig die bestimmende Rolle spielen", erklärte

Zukunft-Gas-Vorstand Timm Kehler. Dieser Transformationsprozess innerhalb der Branche, aber auch innerhalb des Verbands, habe auch zu einer "gewissen Veränderung innerhalb unserer Mitgliederstruktur geführt", so Kehler weiter. So seien einige Stadtwerke ausgetreten, die wegen bestimmter Vertriebsaktionen Mitglied bei Zukunft Gas geworden waren. Als Beispiel nennt Kehler die "Raustauschwochen", eine Aktion, die den Wechsel von einer Öl- auf eine Erdgasheizung anreizen sollte. Mit dem Auslaufen der Aktion hätten diese Mitglieder ihre Interessen im Verband nicht mehr vertreten gesehen.

### Umweltschützer sehen in Wasserstoff Greenwashing

Gleichzeitig seien aber auch in den vergangenen Monaten neue Mitglieder hinzugekommen, "die sich gemeinsam mit uns für ein klimaneutrales Energiesystem einsetzen wollen, das auf einem Miteinander von strom- und gasbasierten Technologien gründet", so Kehler. Die Umweltschützer bleiben trotz dieser Neuausrichtung von Zukunft Gas und der angestrebten Abkehr von fossilem Erdgas kritisch: "Zukunft Gas steht für Lobbyarbeit für fossile Großkonzerne und Greenwashing vom Feinsten. Nachdem der Verband jahrelang versucht hat, fossiles Gas als klimafreundlich darzustellen, bewirbt er nun Wasserstoff aus Erdgas als sogenanntes neues Gas", kommentierte etwa Sam Beiras vom "WeiterSo!"-Kollektiv. Er hoffe deswegen, dass sich noch weitere Stadtwerke aus dem Verband zurückziehen und sich stattdessen vermehrt der lokalen Energiewende vor Ort widmen. [/ml](#)  
Von Mareike Teuffer

### BUNDESFÖRDERUNG

## Serielle Sanierung nimmt Fahrt auf

**Berlin (energate) - Die Bundesförderung effiziente Gebäude (BEG) hat dem seriellen Sanieren einen deutlichen Auftrieb gegeben. Seit der Einführung im Januar 2023 wurden 108 Maßnahmen mit einem Fördervolumen von rund 80 Mio. Euro bewilligt, teilte die Deutsche Energieagentur (Dena) mit.** Allein im April lag der Anteil serieller Sanierungen bei den von der KfW geförderten Effizienzhaus-55- und Effizienzhaus-40-Modernisierungen bei 16 Prozent. Vor der Einführung der BEG-Boni betrug der Anteil laut Dena weniger als zwei Prozent. Das Konzept der seriellen Sanierung setzt auf digitalisierte Prozesse mit industriell vorgefertigten Bauteilen. Auf diese Weise lassen sich Gebäude schnell und kostengünstig sanieren. Laut der EU-Gebäuderichtlinie muss in Deutschland in den kommenden zehn Jahren rund die Hälfte der 21 Mio. Bestandsgebäude mindestens die Effizienzklasse D erreichen. Angesichts dieser Dimension ist das serielle Sanieren aus Sicht der Dena unverzichtbar und müsse schnell eine hohe Marktdurchdringung erreichen.

### Dynamik und Aufbruchsstimmung

"Die Wärmewende in Bestandsgebäuden wird ohne die serielle Sanierung schwer funktionieren", ist sich Christian Stolte, Bereichsleiter Klimaneutrale Gebäude der Dena, sicher. "Aktuell sehen wir eine Dynamik und Aufbruchsstimmung, die Mut macht." Allerdings sei das Innovationspotenzial längst noch nicht ausgeschöpft. Eine gute staatliche Förderung könne hier weitere Impulse zur Marktentwicklung geben.

Aus einer unkonventionellen Idee hat sich nach Angaben der Energieagentur mittlerweile ein innovatives Marktsegment entwickelt, das auf ein Sanierungsvolumen von über 100 Mrd. Euro kommt. Rund 300 Akteure umfasst mittlerweile das Netzwerk, das sich mit dem seriellen Sanieren befasst. Darunter befinden sich auch Schwergewichte wie der Industriekonzern Saint-Gobain, die Baustoffproduzenten Knauf und Sto, Heiztechnikspezialist Vaillant und die Wohnungsunternehmen Vonovia und LEG.

### Kostenniveau konventioneller Maßnahmen erreicht

Um die anfänglichen Kostennachteile in der Innovationsphase auszugleichen, ist 2021 die Bundesförderung serieller Sanieren gestartet. Mit der Novellierung der BEG wurden 2023 Boni für serieller Sanieren und Worst Performing Buildings - also energetisch besonders ineffiziente Gebäude - eingeführt. Mit Tilgungszuschüssen von bis zu 45 Prozent und zinsgünstigen KfW-Krediten liegt das serielle Sanieren laut Dena heute in etwa auf dem Kostenniveau konventioneller energetischer Modernisierungen - aber bei deutlich schnellerer Umsetzung. Elf Mehrfamilienhaus-Projekte wurden bereits nach dem Prinzip der seriellen Sanierung fertiggestellt, zwölf weitere sind im Bau. 90 Projekte mit insgesamt 10.000 Wohneinheiten befinden sich in unterschiedlichen Planungs- und Vorbereitungsphasen. Auch erste Einfamilienhäuser und Nichtwohngebäude wurden bereits seriell saniert. /tc

Von Thorsten Czechanowsky

### ADD-ON GAS & WÄRME

## Grüner Wasserstoff: Deloitte-Studie sieht Chancen für Nordafrika

**München (energate) - Um bis zum Jahr 2050 die Klimaneutralität zu erreichen, muss das Handelsvolumen für grünen Wasserstoff bis dahin weltweit auf fast 600 Mio. Tonnen ausgebaut werden. Der Markt für grünen Wasserstoff würde damit auf 1,4 Billionen US-Dollar Umsatz im Jahr 2050 wachsen.** Von jährlichen Exporteinnahmen in Höhe von 280 Mrd. Dollar profitiert dabei vor allem Nordafrika mit einem Anteil von 110 Mrd. Dollar. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie der internationalen Wirtschaftsberatung Deloitte.

### Wichtigster Energieträger

Grüner Wasserstoff wird laut Studie den Versorgungsmix dominieren und bis 2050 mit über 500 Mio. Tonnen einen Marktanteil von 85 Prozent erreichen. Gleichzeitig müssen bis 2050 rund 9,4 Billionen Dollar in die Wasserstoffversorgungskette investiert werden, davon 3,1 Billionen in den Entwicklungsländern. Im Durchschnitt sind das rund 375 Mrd. Dollar pro Jahr. Dieser Betrag liegt laut Deloitte deutlich unter den jährlichen weltweiten Ausgaben für die Öl- und Gasförderung, die sich im Jahr 2022 auf rund 417 Mrd. US-Dollar beliefen.

Nach den Berechnungen der Wirtschaftsberatung werden 42 Prozent der gesamten Nachfrage nach grünem Wasserstoff bis 2050 auf die Industrie entfallen, 36 Prozent auf den Verkehr. Insgesamt können durch grünen Wasserstoff bis 2050 kumulativ bis zu 85 Mrd. Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart werden.

### Pipelineverbindungen mit Nordafrika

"Grüner Wasserstoff ist der wichtigste Baustein, wenn wir unser Ziel der Klimaneutralität bis 2050 erreichen wollen", so Bernhard Lorentz, globaler Leiter der Nachhaltigkeitsberatung bei Deloitte. Der Aufbau eines globalen Marktes für diesen Energieträger biete gleichzeitig neue wirtschaftliche Chancen für heutige Schwellen- und Entwicklungsländer. Der internationale Handel von gasförmigem Wasserstoff mache allerdings nur dort Sinn, wo Pipelineverbindungen wirtschaftlich und geopolitisch machbar sind. Aus deutscher Perspektive sei hier Norwegen von zentraler Bedeutung. "Für Europa insgesamt betrifft dies im Wesentlichen Pipelineverbindungen nach Nordafrika", so Lorentz. Bis 2050 werden nach Deloitte-Erkenntnissen insgesamt 46 Prozent der weltweiten Wasserstoffproduktion und 90 Prozent des Handels auf vier Regionen entfallen: Nordafrika (44 Mio. t), Nordamerika (24 Mio. t), Australien (16 Mio. t) und den Nahen Osten (13 Mio. t). Die wichtigsten Importzentren sind dann Europa, Japan, Korea und Indien, die zusammen mehr als 80 Prozent des Welthandels auf sich vereinen.

### Wertschöpfungsketten diversifizieren

Die Studienautoren empfehlen der Politik, sich beim Wasserstoffhochlauf auf drei Komponenten zu konzentrieren. Die erste ist die Schaffung der Marktgrundlage über nationale und regionale Strategien, ein Zertifizierungsverfahren und internationale Koordinierung. Zweitens brauche es einen Ansporn zum Handeln, der aus Zielvorgaben für Produkte, steuerlichen Anreizen und Subventionen kommen kann. Drittens muss eine langfristige Widerstandsfähigkeit sichergestellt werden, indem die Wertschöpfungsketten diversifiziert werden. Der Schwerpunkt sollte hier auf der Verbesserung der Infrastruktur für den Transport (Pipelines und Seewege) und die Speicherung liegen.

Die Studie "[Green hydrogen: Energizing the path to net zero. Deloitte's 2023 global green hydrogen outlook](#)" des Deloitte Center for Sustainable Progress ist online verfügbar.



### NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

### INDUSTRIE

## Thyssenkrupp darf auf Genehmigung für H2-Projekt hoffen

**Duisburg (energate) - Das Beihilfeverfahren für das milliardenschwere Wasserstoffprojekt von Thyssenkrupp macht Fortschritte. Das Bundeswirtschaftsministerium hat mit der EU-Kommission in zentralen Punkten eine Einigung erzielt, wie es aus Ministeriumskreisen hieß.** Die Kosten für den Bau einer Direktreduktionsanlage in Duisburg, in der mit Wasserstoff grüner Stahl hergestellt werden soll, belaufen sich auf zwei Mrd. Euro. Der Konzern hatte sich mit dem Projekt "tkH2steel" für eine Förderung im Rahmen der IPCEI-Förderung für Wasserstoff-Großprojekte beworben. Doch die Genehmigung lässt bisher auf sich warten.

Zuletzt hat das Wirtschaftsministerium mit der EU-Kommission über die beihilferechtliche Genehmigung beraten. Die Grundlagen für die Genehmigungsentscheidung seien nun klar umrissen, hieß es aus dem Ministerium. "Mit der finalen beihilferechtlichen Genehmigung der Europäischen Kommission ist in den nächsten Wochen zu rechnen", hieß es weiter.

### Wegweisend für Deutschlands Stahlindustrie

Aus Sicht des Ministeriums hat das Vorhaben große Bedeutung für die Zukunft der Stahlbranche in Deutschland. "Die Stahlindustrie in Deutschland hat sich auf den Weg gemacht, die große Aufgabe der Dekarbonisierung anzugehen, und dabei müssen und werden wir sie als Bundesregierung unterstützen", erklärte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) am 14. Juni auf einer Veranstaltung in Duisburg. Weitere Projekte zur Produktion von Stahl mit grünem Wasserstoff von Arcelor Mittal und Salzgitter sollen ebenfalls eine Förderung über die IPCEI-Vorhaben erhalten. **/kw**

Von Karsten Wiedemann

### E-MOBILITÄT

## Immobilienunternehmen beauftragt EnBW mit Ladesäulenbau

**Karlsruhe/Dortmund (energate) - Die VK-Immobilien-Gruppe hat den EnBW-Konzern mit dem Bau von Schnellladeinfrastruktur an ihren Gewerbeimmobilien beauftragt.** Die Dortmunder Immobiliengesellschaft ist in neun Bundesländern mit insgesamt 29 Standorten vertreten. An bis zu 13 Standorten sollen Kundinnen und Kunden künftig Schnellladepunkte mit jeweils bis zu 300 kW zur Verfügung stehen. Startprojekt ist ein Nahversorgungszentrum im niedersächsischen Munster mit einer für 2024 angesetzten Inbetriebnahme der Schnellladepunkte. Zu den Kosten und zur Auswahl der weiteren zwölf Standorte machten beide Unternehmen keine Angaben. **/bo**

Von Beatrice Oster

### ADD-ON NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN/INTERVIEW

## "Wir sehen eine Veränderung hin zum Energiewende-Dienstleister"

**Leipzig (energate) - Die Energieforen Leipzig haben sich in Experteninterviews mit Geschäftsführenden deutscher Energieversorger dem Thema "Stadtwerk der Zukunft" gewidmet. Angesichts der Gleichzeitigkeit von Ukraine-Krieg, Coronapandemie und Klimakrise kommt der Energiewirtschaft eine Schlüsselrolle zu. Wie sich Stadtwerke krisensicher aufstellen können, erläutert Raphael Noack, Geschäftsführer der Energieforen Leipzig GmbH, im Interview mit energate.**

**energate:** Herr Noack, Sie haben auf der Grundlage von Interviews mit 25 Geschäftsführungen von Energieversorgern die Expertenstudie "Stadtwerk der Zukunft" herausgebracht. Was war die Ausgangslage?

**Noack:** Seit der Coronapandemie kamen für Energieversorger fast jährlich neue Krisen hinzu, diese Überlagerung von diversen Krisensituationen war der Hauptauslöser für die Studie, welche die Erfahrungen und Sichtweisen der Führungspersonlichkeiten der Energiewirtschaft einfließen lassen sollte. In einer größer angelegten Befragung vor rund drei Jahren - unserer Trendstudie "Kunde Stadt Werk", wo wir das gesamte Ökosystem untersucht haben - war bereits der Klimawandel ein zentral bedeutsames Thema in den Ergebnissen. Durch die Coronapandemie und den Krieg in der Ukraine haben sich nun zusätzliche, teilweise bisher nicht vorhandene, Rahmenbedingungen ergeben. Dies war für uns der Anlass, sich diesem Themenfeld noch einmal zu widmen. In einem ersten Schritt haben wir in einem Expertenworkshop zunächst 13 Thesen als Grundlage aufgestellt. Mit diesen sind wir dann in die Interviews mit 25 Geschäftsführungen von Stadtwerken jeglicher Größenordnung gegangen. Ziel der qualitativen Studie war es, die gesamte Versorgungswirtschaft abzubilden: verschiedene Firmen- und Kundengrößen, Unternehmen im Querverbund, aber auch reine Netzbetreiber und Energieversorger.

**energate:** Welches Thema drängte in den Befragungen in den Vordergrund?

**Noack:** Hier konnten wir eindeutig erkennen, dass der Wandel zum Energiewende-Dienstleister ein Thema oder eine These ist, was den Geschäftsführenden besonders drängt. Wir sehen stark gestiegene Risiken und daraus resultierend die wirtschaftliche Unvermeidbarkeit zur Veränderung hin zum Energiewende-Dienstleister. Energielieferanten haben höhere und vor allem volatilere Preise, sodass das klassische Commodity-Geschäft zunehmend risikobehafteter geworden ist, da Beschaffung und Preise viel schwieriger zu planen sind als noch vor Jahren. Darüber hinaus führen die dauerhaft hohen Preise in Verbindung mit dem Klimawandel zu einer steigenden Nachfrage nach Energielösungen in Verbindung mit den Themen Energieautarkie und Versorgungssicherheit. Außerdem sehen wir im Netzbereich durch die Absenkung der Verzinsung einen größeren Druck auf das Gesamtgeschäftsmodell Stadtwerk. Daher ist der Wandel zu einer anderen Art von Erlösen von besonderem Interesse. Denn ein Versorger muss überlegen, wie sein Erlösmodell morgen aussehen und funktionieren soll und sich dabei die Frage stellen, ob es immer noch ratsam ist, Menge mal Preis zu nehmen, oder ob die Bezahlung für eine bestimmte Leistung, wie zum Beispiel für eine gewünschte Raumtemperatur, zukunftsfähiger wäre.

**energate:** Welche weiteren Thesen haben sich in den Interviews herauskristallisiert?

**Noack:** Durch das Zusammenspiel von verpflichtenden kommunalen Wärmewenden, dem notwendigen Stromnetzausbau und der Mobilitätswende sehen wir einen starken Wandel. Dieser wird in der zweitwichtigsten These der Befragung, der Begegnung des Fachkräftemangels, sehr deutlich. In der Befragung zeigten sich auf diesem Gebiet schon viele gute Beispiele. Erfolgsfaktoren für Verbesserungen sind insbesondere der Recruitingprozess und die Außenwirkung des Unternehmens. Von Bedeutung ist hierbei aber

nicht nur die Mitarbeitengewinnung, sondern auch die Pflege und der Umgang mit bestehenden Mitarbeitenden, was eine flexible und moderne Unternehmenskultur als Fundament bedarf. Auf all diesen Gebieten ist voneinander Lernen eine gute Möglichkeit, diesen Herausforderungen zu begegnen. Dementsprechend gibt es bereits gewinnbringende Kooperationen.

Eine dritte große Herausforderung, die sich in der Studie herauskristallisierte, ist die Finanzierung der gleichzeitig stattfindenden Energie-, Wärme- und Mobilitätswenden. Dafür muss nach und nach jede Kommune oder Gemeinde sprichwörtlich einmal "umgegraben" werden. Dem Gelingen dieser Finanzierung stehen allerdings einige wichtige Aspekte entgegen: Fehlende Investitionssicherheit durch eine sich ständig wandelnde und zu komplexe Regulatorik, fehlendes Verständnis für die notwendigen Investitionen von kommunaler bis Bundesebene sowie die Finanzierungen durch Kreditinstitute, die immer schwieriger werden. Eine neue Finanzierungsform entsteht gerade in Zusammenarbeit mit der Versicherungswirtschaft. Ein weiteres Thema ist die digitale Exzellenz. Auch hierfür braucht es das entsprechende digitale Mindset.

**energate:** Welche aus diesen Ergebnissen abgeleiteten Empfehlungen würden Sie den Stadtwerke-Managern mit auf den Weg geben?

**Noack:** Die elementarsten Treiber sind die nachhaltigen Energie-, Wärme- und Mobilitätswenden, um entsprechende lebenswerte Regionen zu schaffen. Dafür braucht es ein Wertschöpfungsnetzwerk und ein lokales Businessökosystem, wo das Stadtwerk als Orchestrator fungieren kann. Dieses beruht auf zwei Grundpfeilern: der Versorgungssicherheit und dem vorher beschriebenen Wandel zum Energiewende-Dienstleister. Tragende Säulen dafür sind die Unternehmenskultur, die digitale Exzellenz und nicht zuletzt die Kooperationsfähigkeit. Wie es Sebastian Jurczyk, Geschäftsführer der Stadtwerke Münster, so schön formulierte: "Kooperation ist der neue Wettbewerb". Dem kann ich nur zustimmen.

Allerdings ist dies manchmal noch nicht richtig im Stadtwerke-Gen enthalten. Anstatt es allein zu versuchen, kann ich durch Kooperationen sogar eine Win-win-Situation erreichen: für mich, meinen Kooperationspartner und einen Dritten, wie beispielsweise den Kunden oder den Bewerber. Die Kooperation kann im schon beschriebenen Ausbildungsbereich geschehen, aber auch bis zum Aufbau eines lokalen Wertschöpfungsnetzwerkes reichen, die Anwendungsmöglichkeiten sind vielfältig. Dadurch kann das Unternehmen zum Energiewende-Dienstleister werden, auch ohne alle Leistungen, die der Wandel und die damit verbundene Wertschöpfungstiefe erfordern, selbst aufzubringen.

**energate:** Planen Sie weitere Erhebungen zu diesem Thema?

**Noack:** Auf jeden Fall. Wir wollen anhand unserer 13 Thesen einen "Zukunftsgestalterindex" entwickeln. Wir werden dafür eine Benchmarkhebung mit etwa 30 bis 40 Leitfragen auf-

stellen, um herauszufinden, wie gut das eigene Stadtwerk in den einzelnen Thesen aufgestellt ist. Diese Umfrage starten wir im Sommer. Für den Energy-for-Future-Leaders-Kongress des kommenden Jahres wollen wir den Netzbetreiber der Zukunft in den Fokus rücken. Die Erhebung dazu starten wir sicherlich zum Jahresende.

**Die Fragen stellte Nils Eckardt.**

## ÖSTERREICH

MISSION INNOVATION AUSTRIA WEEK

### Die Hürden auf dem Weg zur Energiewende

**Stegersbach (energate) - Der Markt bietet eine Vielzahl von erneuerbaren Technologien. Trotzdem hat es den Anschein, dass einige Anwendungen nicht schnell genug umgesetzt werden. Ein Beispiel hierfür sind die Gebäudetechnologien, sagte Johannes Bockstefl, Teamleiter Energie und Umwelt in der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) bei der Mission Innovation Austria Week in Stegersbach.** Im Gebäudebereich gebe es viele marktreife Technologien, deren Umsetzung vor allem an fehlenden Investitionen scheitere. Noch gehörten erneuerbare Gebäudetechnologien nicht zum Standard. Auch die österreichische Sanierungsquote sei stark verbesserungswürdig, betonte Bockstefl.

Edeltraud Stiftinger, Geschäftsführerin des Austria Wirtschaftservice (AWS), kritisierte die Wissenschaftsfeindlichkeit im Land. Nur wenn die Technologien auf breite Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen, könnten Projekte schnell realisiert werden. Henriette Spyra, Leiterin der Sektion für Innovation und Technologie im Klimaschutzministerium (BMK), plädierte für mehr Innovationen im Land. Sie verwies auf die Internationale Energieagentur (IEA), laut der, rund die Hälfte der für die Erreichung der Klimaziele 2050 notwendigen Technologien noch gar nicht erforscht seien. Zudem brauche es neue Organisationsstrukturen zur Verwaltung von dezentrale Energiesystemen.

#### Mehr Akzeptanz notwendig

Beim Thema Lastverschiebung gebe es ein großes Potenzial, das einfach nutzbar wäre, betonte Andreas Schneemann, Gründer des Innovationlabors Act-4-Energy. Dafür müssten Verbraucher und Verbraucherinnen in Zeitfenster verschoben werden, wo erneuerbare Energien verfügbar sind. Damit könne man das Energiesystem flexibilisieren und die Transformation beschleunigen. Hier brauche es auch besonders die Akzeptanz von Unternehmen und Privaten, meinte Schneemann. Weitere Hürden auf dem Weg zur Energiewende seien fehlende Investitionen und rechtliche Rahmenbedingungen.

Aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Lage sei ein Rückgang bei Investitionen zu erkennen, sagte AWS-Geschäftsführerin Stiftinger. Dabei legten innovative Unternehmen ihren Fokus weniger auf ökonomische, sondern auf gestalterische Aspekte. Eines der größten Hemmnisse bei der Umsetzung seien für Unternehmen vor allem fehlende Kooperationspartner, so Stiftinger.

Entscheidend für Investitionen seien die rechtlichen Rahmenbedingungen, argumentierte Bockstefl von der FFG. Aufgrund der Ungewissheit würden viele Private Investitionen - zum Beispiel in ein neues Heizungssystem - derzeit nicht tätigen. Auch aus Bequemlichkeit stelle sich dann oft eine abwartende Haltung ein.

### Aufbau von Netzwerken wichtig

Aufseiten der Verwaltung und Politik bestehe die Schwierigkeit darin, die richtigen technologischen Schwerpunkte für Förderungen zu identifizieren, erklärte Spyra vom BMK. Trotz einer deutlichen Erhöhung der Gelder seien die Budgets begrenzt. Hier müsse der Fokus auf Anwendungen mit dem "größtmöglichen Hebel" gelegt werden. Neben der Unterstützung für Forschungsarbeit müsse auch der Aufbau von Netzwerken und Gemeinschaften gefördert werden, so Spyra.

Wichtig sei es, die vielversprechenden Forschungsergebnisse sichtbarer zu machen, meinte Bockstefl von der FFG. Das könne etwa durch Demonstrationsprojekte gelingen. Entscheidend sei es, sogenannte "white spots" in der Forschung stärker zu adressieren und diese "Wissenslücken" zu schließen. Ein weniger beachtetes Themenfeld in diesem Zusammenhang seien etwa Speichertechnologien. Letztlich sei es entscheidend, die Forschungsergebnisse auch in Produkte und Dienstleistungen einfließen zu lassen, um einen ökonomischen Mehrwert zu erreichen, ergänzte Stiftinger vom AWS. Hierbei bestehe in Österreich noch deutlicher Aufholbedarf.

### Abhängigkeiten reduzieren

Ein weiterer entscheidender Faktor ist die Wertschöpfung, sagte Schneemann vom Innovationlabor Act-4-Energy. Produktionen müssten wieder nach Europa geholt werden, um Abhängigkeiten zu reduzieren. Etwa bei der Photovoltaik stammten 93 Prozent der Wertschöpfungskette aus China.

Es bestehe die Gefahr, das "alte" Energiesystem lediglich durch neue technologische Komponenten zu ergänzen, anstatt ein komplett neues System zu entwickeln, meinte Bockstefl von der FFG. Noch immer werde zu sehr in einzelnen Sektoren gedacht. Hier brauche es aber eine Sektorkopplung. Dabei sei eine Zusammenarbeit aller Akteure des Energiesystems auf Augenhöhe besonders wichtig, sagte Schneemann. Das Festhalten an einem zentralistischen System sei der falsche Weg. Soll die Energiewende gelingen, führe kein Weg an einer Dezentralisierung vorbei, so der Gründer von Act-4-Energy. /af

Von Alexander Fuchssteiner

## FÖDERALISMUS

# Finanzausgleich für Energiewende nutzen

**Wien (energate) - Die Bundesländer setzen sich nicht ausreichend für das Erreichen der Klimaziele und die Energiewende ein. Eine Reform des Finanzausgleichs für ein effektiveres Vorgehen der Länder könnte Abhilfe schaffen.** Entsprechende Lösungsansätze präsentierte eine aktuelle Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo), die von Erneuerbare Energie Österreich (EEÖ) beauftragt wurde. "Bundesländer dürfen sich nicht länger weigern, Windräder aufzustellen, oder Bewilligungsverfahren bewusst hinauszögern", forderte EEÖ-Präsident Christoph Wagner bei der Eröffnung des Fachdialogs "Energiewende im Spannungsfeld des Föderalismus" in Wien.

### Kraftakt aller Bundesländer

Die Voraussetzungen für den Ausbau der Erneuerbaren sind in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich. Während in einer Region der Energieverbrauch wegen hoher Bevölkerungszahl oder viel Industrie hoch ist, haben andere Bundesländer besonders hohe Erneuerbarenpotenziale. "Alle Länder müssen über die eigenen Landesgrenzen hinausdenken und die gesamtstaatlichen Ziele im Blick haben", sagte EEÖ-Geschäftsführerin Martina Prechtel-Grundnig.

Die Flächenausweisung für PV- und Windkraftanlagen, Genehmigungsverfahren sowie Verkehrs- und Wohnpolitik seien Ländersache. Sie stehen für den Beitrag, den jedes Bundesland für die nationalen Klima- und Energieziele leistet. Die klimafreundlichen Bemühungen der Bundesländer werden bisher bei der Verteilung der öffentlichen Gelder jedoch kaum berücksichtigt. "Im Finanzausgleich gibt es kaum Klimaschutzkomponenten", so die Wifo-Studie weiter. Nur nach der Coronakrise knüpfte der Bund Investitionszuschüsse für Gemeinden an die Erfüllung von Klimaschutzvorgaben.

### Fairness zwischen den Bundesländern

Die Studienautoren und -autorinnen kritisieren, dass die Finanzmittel nur nach der Anzahl der Bevölkerung und nach den Klimaschutzanstrengungen der einzelnen Länder berechnet werden. "Hier mangelt es an einer sachlichen Grundlage sowie an positiven Klimaschutzanreizen und insofern auch an Fairness zwischen den Bundesländern", sagte Wirtschaftsexperte Hans Pitlik.

Die Wifo-Studie untersuchte neue Instrumente, um die Zuweisung öffentlicher Mittel künftig daran zu knüpfen, wieviel CO<sub>2</sub>-Emissionen ein Bundesland reduziert, wieviel erneuerbare Energie es ausgebaut hat und wie energieeffizient es ist. Prämiiert würden dann jene Bundesländer, die die Klimaziele erfolgreich umsetzen. Dazu müssten die landesweiten Klimaziele auf die regionale und lokale Ebene "heruntergebrochen" wer-

den. Zusätzlich zum Stabilitätspakt sollten in einem Klimapakt die Beiträge der Länder und Gemeinden festgelegt und im noch ausstehenden Klimaschutzgesetz verankert werden.

### Finanzausgleich als Hebel

Laut Studie ist es derzeit so, dass "der Finanzausgleich relativ wenig genutzt wird, um Klimaschutz und Ökologisierung voranzutreiben". Nur rund fünf Prozent aller Transfers des Bundes an die Länder und Gemeinden im Jahr 2021 - rund 667 Mio. von 12,7 Mrd. Euro - hätten auch ökologische Zwecke erfüllt. Die derzeit laufenden Verhandlungen zum Finanzausgleich seien "eine gute Gelegenheit, um den Klimaschutz in den Finanzausgleich zu integrieren", so die Studie.

Das Wifo-Expertengremium schlägt als Sofortmaßnahme vor, zusätzlich zum Finanzausgleich ab 2024 Zweckzuschüsse und Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern zu etablieren. Für die Vergabe von Finanzausgleich-Mitteln müssten messbare Indikatoren erarbeitet und ein Monitoringsystem eingerichtet werden. Dies brauche zwar Zeit, aber mit der Arbeit müsse sofort begonnen werden. "Es müssen Instrumente zur Verfügung stehen, die sowohl dafür sorgen, dass die Ziele erreicht werden, die aber auch genug Spielraum für regionale politische Entscheidungen lassen", betonte Wifo-Expertin Margit Schratzenstaller. /imk  
Von Irene Mayer-Kilani

### ENERGIEPREISE

## EVN will Preise um bis zu 20 Prozent senken

**Maria Enzersdorf/St. Pölten (energate) - Die EVN kündigt weitere Preissenkungen für Haushalte, Gewerbe und Landwirte an. Die neu angebotenen Tarife sollen um 15 bis 20 Prozent niedriger sein als die bestehenden, so der Versorger.** Genaue Details erarbeitet die EVN gerade mit der Energieallianz Austria. Das ist eine Vertriebsgemeinschaft des Versorgers mit Wien Energie und Burgenland Energie.

In einem ersten Schritt will die EVN am 19. Juni 2023 mit einem neuen Tarifangebot auf die Landwirte zugehen. In den nächsten Wochen folgen dann Angebote für Haushalte und Gewerbebetriebe. "Wir werden die gesunkenen Großhandelspreise schrittweise an unsere Kunden weitergeben", erklärte dazu Herwig Hauenschild, Geschäftsführer der Energieallianz Austria. Die Maßnahmen entsprechen demnach einer Entlastung in dreistelliger Millionenhöhe.

### ÖVP: Preissenkungen "so schnell wie möglich" weitergeben

Das Unternehmen steht derzeit wie die gesamte Branche wegen der Preisgestaltung unter hohem öffentlichen Druck. Als beispielsweise die Kärntner Kelag Anfang Juni nach eineinhalb Jahren eine Strompreisanhebung angekündigt hat, forderte die FPÖ eine Sondersitzung des Landtags und mehr Preiskontrollen.

In Niederösterreich erklärte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (ÖVP): "Ich habe in der aktuellen Situation überhaupt kein Verständnis, wenn sich Energieversorger ein Körbergeld auf Kosten unserer Landsleute verdienen." Die gesunkenen Großhandelspreise müssten sich "so schnell und deutlich wie möglich" in den Stromrechnungen bemerkbar machen.

### Grüne wollten eine Verstaatlichung

Die Grünen hatten Ende Mai vorgeschlagen, die EVN ganz verstaatlichen zu lassen - allerdings stieß dieser Antrag im Landtag auf breite Ablehnung. Die Geschichte zeige, dass "kommunistische Verstaatlichungsideen die Situation der Menschen nicht verbesserten", hieß es von den Neos. Anton Kasser (ÖVP) erklärte, eine komplette Verstaatlichung wäre sehr teuer. Stattdessen solle die EVN - bei aller Kritik "ein Garant für Sicherheit und Netzausbau" - besser schnell niedrigere Preise anbieten.

### Großteil der Kunden entscheidet sich wieder für EVN

Zum Hintergrund: Wie berichtet hat sich die EVN im März wegen unklarer Rechtslage gezwungen gesehen, rund 270.000 Haushalten die bestehenden Verträge für Strom und Gas zu kündigen. Begleitet war das Schreiben mit dem Angebot eines neuen Vertrags - den der größte Teil der betroffenen Haushalte inzwischen angenommen hat und damit zur EVN zurückgekehrt ist. Nun sollen die Tarife in den kommenden Wochen um bis zu ein Fünftel sinken. /pm

Von Peter Martens

### WINDKRAFT

## EVN baut in fünf Windparks neue Anlagen

**Maria Enzersdorf (energate) - Die EVN baut aktuell in fünf Windparks die Erzeugung mit Windkraft aus.** Bis Ende des Jahrzehnts will der niederösterreichische Versorger die Kapazität bei der Windkraft auf 750 MW erhöhen. Gleichzeitig hat die EVN beim Abbruch des ehemaligen Kohlekraftwerks Peisching etwa die Hälfte der Arbeiten hinter sich.

Aktuell betreibt die EVN Windkraftanlagen mit 400 MW in Österreich und in Bulgarien. In Niederösterreich sind 18 neue Anlagen in Bau, in die das Unternehmen rund 150 Mio. Euro investiert. Darunter ist beispielsweise der Windpark im Gemeindegebiet der Orte Palterndorf-Dobermannsdorf und Neusiedl an der Zaya. Dieser Windpark soll kommenden Herbst mit sieben Anlagen mit jeweils sechs MW ans Netz gehen.

### Kooperation in drei von fünf Windparks

Ebenfalls im Herbst will die EVN gemeinsam mit dem Windparkbetreiber Imwind das Projekt Großkrut-Altlichtenwarth mit insgesamt 25 MW in Betrieb nehmen. Beide Unternehmen kooperieren auch beim Windpark Paasdorf, der Ende nächsten Jahres mit 40

MW ans Netz gehen soll. Mit dem niederösterreichischen Windparkbetreiber WEB kooperiert die EVN beim Windpark Sigleß-Pöttelsdorf (17 MW), der im Herbst 2024 fertig sein soll. Zudem erweitert die EVN gerade den Windpark Prottes um 18 MW.

### Abbruch des Kraftwerks Peisching bis November

Beim Abbruch des ehemaligen Kohlekraftwerks Peisching hat die EVN etwa die Hälfte der Arbeiten hinter sich. Das Vorhaben startete im vergangenen November und soll im heurigen November fertig sein. Gegen Ende der Bauarbeiten ist die Abtragung des 110 Meter hohen Kamins ohne Sprengung geplant.

Das Gas-und-Dampf-Kombikraftwerk (GuD) am Rande der niederösterreichischen Gemeinde Neunkirchen war seit 1964 mit Kohle, Öl und Erdgas in Betrieb. Im Jahr 1987 legte die EVN es still, aber die Konzerntochter Netz NÖ hatte die dortigen Netzanlagen noch bis 2008 weiter in Betrieb. In Zukunft will das Unternehmen das Areal - wie schon bisher - als Holzlager für die konzerneigenen Biomasseheizwerke nutzen. Außerdem ist auf dem Gelände, das landwirtschaftlich nicht mehr nutzbar ist, eine Photovoltaikanlage geplant. **/pm**

Von Peter Martens

### ENTLASTUNG

## Wien Energie schnürt 10-Mio.-Euro-Hilfspaket

**Wien (energate) - Wien Energie unterstützt Kunden und Kundinnen in einer sozialen Notlage mit Energiegutscheinen. Die Bons können eingelöst werden, um offene Rechnungen, aber auch laufende Kosten zu reduzieren.** Dabei richtet sich die Höhe des Gutscheins nach der individuellen Situation und wird von einer teilnehmenden Hilfsorganisation zusammen mit den Betroffenen ermittelt, teilte Wien Energie. Die Schecks sind vor Ort in den sozialen Einrichtungen der Caritas, des Roten Kreuzes sowie der Volkshilfe erhältlich und einlösbar. Für die Maßnahme nimmt der städtische Versorger 10 Mio. Euro in die Hand.

Wien Energie erweitert die Sprechtag der eigenen Ombudsstelle. Sie dient Kunden und Kundinnen in schwierigen sozialen Lebenslagen als Anlauf- und Beratungsstelle für den Bereich Energiearmut, erklärte der Versorger. Die Sprechtag finden in enger Zusammenarbeit vor Ort bei den Sozialeinrichtungen statt. "Mit dem Angebot von Wien Energie leisten wir einen zielgerichteten Beitrag dazu, den Menschen genau dort zu helfen, wo sie es im Moment am meisten benötigen", sagte der Geschäftsführer des Wiener Roten Kreuzes, Alexander Lang.

### 140 Mio. Euro Entlastungspaket

Die Gutscheinaktion der Wien Energie ist laut eigenen Angaben Teil eines Energiehilfepaketes des Versorgers mit einem Gesamtvolumen

von 140 Mio. Euro. Dabei fließen weitere 50 Mio. Euro in einen rückwirkenden Fernwärmerabatt und 80 Mio. Euro in freie Energietage für Strom- und Gaskunden und -kundinnen. Zudem plant der Versorger ebenfalls Entlastungsmaßnahmen für Gewerbetreibende. **/af**

Von Alexander Fuchssteiner

### ENERGIEPOLITIK

## Slowenien: "Beteiligung am AKW Krško erwünscht"

**Wien/Ljubljana (energate) - Eine finanzielle Beteiligung Österreichs am Ausbau des slowenischen Atomkraftwerks Krško sei erwünscht. Das erklärte Sloweniens Ministerpräsident Robert Golob.** Slowenien werde nur Investoren aus westlichen Ländern inklusive Japans und Südkoreas zulassen. Es sei "gut möglich", dass darunter auch Investoren aus Österreich sein werden, so Golob gegenüber der Austria Presseagentur.

Die Entscheidung über das Milliardenprojekt soll vor der Wahl 2026 fallen, ein Jahr später soll es ein Referendum geben, so der Regierungschef. Die Bauzeit werde voraussichtlich zwölf Jahre betragen. Kein bestehendes Atomkraftwerk sei innerhalb der gesetzten Fristen und des finanziellen Rahmens gebaut worden, fügte Golob hinzu. Schnelle Lösungen gebe es nicht.

### "Atomkraft nicht zu nutzen ist verantwortungslos"

Golob hat Elektrotechnik studiert, war jahrelang Chef eines Stromkonzerns und führt heute die grün-liberale Partei Gibanje Svoboda. In dem Gespräch verteidigte er auch die Atomkraft selbst. Die Technologie habe "ihre Probleme, aber die Atomkraft verursacht sicher keinen Klimawandel", betonte Golob. Angesichts der Bedrohung des gesamten Planeten sei es "verantwortungslos, nicht alle Technologien zu nützen, die uns zur Verfügung stehen, um den Klimawandel abzumildern." Slowenien werde an der Atomkraft festhalten. In Europa denke die Mehrheit der Staaten, im Gegensatz zu Deutschland und Österreich, genauso.

### Stromimporte bleiben für Österreich wichtig

Österreich ist bei der Stromversorgung bis auf wenige Sommermonate auf Stromimporte angewiesen. Im vergangenen Jahr waren laut E-Control lediglich im Mai und Juni die Exporte höher als die Importe. Die Stromimporte wiederum stammten im Vorjahr zum großen Teil aus Atomkraftwerken und Kohleleimern der Nachbarländer.

Das wird auf eine nicht absehbare Zeit so bleiben - auch nach einem massiven Ausbau von Windkraft und Photovoltaik und trotz der überdurchschnittlich starken Wasserkraft hierzulande. Ein Grund dafür ist die schwankende Erzeugung der Erneuerbaren. Ein anderer: Großvolumige saisonale Speicher gibt es, abgesehen von Pumpspeichern und verschiedenen Pilotprojekten, nicht. **/pm**

Von Peter Martens